Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
nur die Redaction betreffende Mittheilungen werden an die Redaction nicht verbunden.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 330. Sonnabend den 26. November 1887. 81. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 27. November,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern zu Dresden vom 24. October 1884 fordern wir die den Hufbeschlag in hiesiger Stadt ausübenden Schmiede, welche sich einer der in §. 1 der zur Ausführung des Gesetzes vom 16. April 1884, die gewerbsmäßige Ausübung des Hufbeschlags betreffend, unter dem 17. April desselben Jahres erlassenen Verordnung gedachten Prüfungen seit 1. December vorigen Jahres unterworfen haben, auf, uns schleunigst anzuzeigen, ob sie als geprüfte Hufbeschlagmeister Diplom erhalten haben, oder von der landständischen Commission in der Oberlausitz prämiirt worden sind, damit Name und Wohnort öffentlich bekannt gemacht werden können.

Die betreffenden Unterlagen sind im Stadthause, Ostsmarkt Nr. 3, 2. Etage, Zimmer Nr. 115, einzureichen.

Leipzig, am 22. November 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Fröhlich.

In Gemäßheit der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Hans William Hüttschaft,
Maximiliannstraße Nr. 12,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 23. November 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 5701. Dr. Georgi. Wolfram.

Ausschreibung.

Die zu dem Umbau im **Leihhausgebäude** erforderlichen **Glaserarbeiten** sollen vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen hierzu können im Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, gegen Erlegung von 30 ₰ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt mit der Aufschrift **„Glaserarbeiten im Leihhausgebäude"** bis zum 6. December c. Abends 5 Uhr an obenbezeichneter Stelle einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 23. November 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig
Baudeputation.

Bekanntmachung.

Das für **Karl Hermann Rade** aus Tollwitz am 1. Januar 1878 vom dortigen Gemeindevorstand ausgestellte Dienstbuch ist vor längerer Zeit abhanden gekommen und im Auffindungsfalle allhier abzugeben.

Leipzig, am 17. November 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 7225. Breischneider. Feldig.

Erledigt

hat sich die unter dem 14. dieses Monats hinter dem Schuhmacher **Karl Heinrich Horn** aus Grötzschendorf erlassene Bekanntmachung.

Gohlis, am 21. November 1887.

Der Gemeindevorstand.
Singer. Brgl.

Infolge anderweiter Verwendung des derzeitigen Inhabers ist für den 1. Januar 1888 eine Schutzmannstelle mit jährlich 810 ₰ Anfangsgehalt, der bei befriedigender Leistung sich vom 2. Dienstjahre ab auf 900 ₰ erhöht, und 80 ₰ Bekleidungsgeld zu besetzen.

Im Polizeidienst erfahrene Bewerber können in eine höhere Gehaltsclasse eingestellt werden. Gesuche gedienter Militairs, welche die Unteroffizierscharge erreicht haben sollen, nebst Zeugnissen sind bis zum

2. December 1887 Mittags 12 Uhr

bei uns einzureichen.

Lindenau, am 24. November 1887.

Der Gemeinderath.
Dueck.

Nichtamtlicher Theil.

Die Thronrede.

Wenn irgend etwas die Gespanntheit der Gesammtlage zu erweisen im Stande ist, so ist es die Thatsache, daß die Eröffnung des deutschen Reichstags fast wie ein nebensächliches Ereigniß erscheint. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist heute in erster Linie nach Frankreich gerichtet, wo ein neuer Zustand in der Entwickelung begriffen ist, welcher die Entscheidung bringen kann, ob der Friede aufrecht erhalten bleibt oder der Krieg an seine Stelle tritt. Deshalb nimmt auch der Absatz der Thronrede, welcher den auswärtigen Angelegenheiten gewidmet ist, in politischer Beziehung das Hauptinteresse in Anspruch. Der Schluß der Thronrede stellt fest, daß dem deutschen Charakter die Absicht und das Bedürfniß fehlt, seine Lage durch einen siegreichen Krieg zu verbessern. Die unchristliche Neigung zu Ueberfällen benachbarter Völker sei dem deutschen Reiche fremd und die Verfassung sowohl als die Heereseinrichtungen des deutschen Reiches seien nicht darauf berechnet, den Frieden unserer Nachbarn durch willkürliche Angriffe zu stören. „Aber in der Abwehr solcher und in der Vertheidigung unserer Unabhängigkeit sind wir stark und wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegen sehen können." So endet die Thronrede und kündigt zugleich einen Gesetzentwurf an, der die Landwehr und den Landsturm betrifft und bestimmt ist, eine wesentliche Erhöhung der Wehrkraft des Reiches herbeizuführen.

Es ist klar, daß dieser Theil der Thronrede einen sehr ernsten Hintergrund hat, daß dem europäischen Frieden Gefahren drohen, welche an der Centralstelle der Regierung sicherer und besser erkannt werden als von der Presse, welche, geringe Ausnahmen abgerechnet, zur Beurtheilung der Sachlage darauf angewiesen ist, was sich vor Aller Augen auf dem Weltschauplatze vollzieht. Ihr sind die Fäden und geheimen Triebfedern verborgen, aus welchen sich so mancher Vorgang von entscheidender Wichtigkeit erklärt. Es sind Andeutungen über die Entstehung der Krisis in Frankreich gemacht worden, welche dahin zu zielen scheinen, daß dieselbe von langer Hand her vorbereitet wurde, um die Republik in Frankreich zu stürzen und das russisch-französische Bündniß nach Wiederaufrichtung der Monarchie zum Abschluß zu bringen. In diesem Sinne aufgefaßt, würde die Enthüllung der „Kölnischen Zeitung" eine Tragweite gewinnen, welche für die Beurtheilung der Gesammtlage ganz neue Gesichtspuncte ergeben würde. Wir sind in Deutschland daran gewöhnt, daß die auswärtige Politik ein der Regierung ausschließlich vorbehaltenes Gebiet bildet, in welches die nicht Wissenden nur soweit eingeweiht werden, als es die Wohlfahrt des Ganzen nothwendig zu machen scheint. Die Natur der auswärtigen Angelegenheiten ist allerdings eine solche, daß sie das Hineinpfuschen Unberufener nicht verträgt, und wenn ein Staatsmann von der Bedeutung des Fürsten Bismarck die auswärtige Politik leitet, so können wir uns die Art ruhig gefallen lassen, in welcher die auswärtige Politik in Deutschland gehandhabt wird. Es hat aber auch Zeiten gegeben, in welchen die auswärtige Politik recht stümperhaft in Deutschland betrieben wurde, und das Genie Bismarck's würde nicht so hell leuchten, wenn es sich nicht gegen das Dunkel der Vergangenheit schroff abhöbe.

Fürst Bismarck hat einmal der deutschen Presse den Rath ertheilt, daß sie sich mehr mit den inneren Angelegenheiten beschäftigen möge; das geschah aber zu einer Zeit, in welcher die Weltlage nicht so gespannt war wie heute; bei einer andern Gelegenheit hat er aber auch den Ausspruch gethan, daß die innere Politik mit der äußeren in engem Zusammenhange und in Wechselbeziehung steht und hat dadurch gerade seinem Beruf zur Leitung auch der inneren Angelegenheiten des Reiches und Preußens darzuthun versucht. Die Presse befindet sich in einer ähnlichen Lage. Wenn sie die leitenden Gesichtspuncte für die Beurtheilung der auswärtigen Beziehungen nicht zu finden vermag, dann geht ihr auch die Fähigkeit ab, die inneren Angelegenheiten richtig zu beurtheilen, denn diese müssen so geführt und behandelt werden, daß der Staat dadurch in die Lage gerath, von außen auf ihn eindringenden Gefahren Stand zu halten. Moltke hat mit Recht behauptet, daß ein schlagfertiges Heer auch wirthschaftlich betrachtet eine Einrichtung von größter Bedeutung sei, denn ein siegreicher Krieg verschaffe dem Staate erst die Grundbedingungen eines wirthschaftlich gesunden Daseins, welche ihm ein unglücklicher Krieg raube, und darum müsse die erste Rücksicht der Bereitstellung einer Heeresmacht gewidmet werden, welche einen wirksamen Schutz für die Ausübung der Künste des Friedens bilde.

Diese Politik ist Deutschland von dem Augenblicke seiner Wiedergeburt an treu geblieben und danach richtet sich auch die Haltung der Presse. Nur dadurch gewinnen Parteistreitigkeiten eine dem Gesammtwohl schädliche Ausdehnung, wenn sie ohne Rücksicht auf die höchsten Interessen des Staates in kleinlicher, nur die nächstliegenden Vortheile ins Auge fassender Weise betrieben werden. Der beschränkte Parteistandpunct ist der materielle, welcher eine Vorlage nur nach dem Ertrage mißt, den sie einer bestimmten Berufsclasse verschaffe, der patriotische Standpunct ist dagegen derjenige, welcher das Gesammtwohl zum Maßstabe nimmt und danach sein Urtheil fällt. Steuervorlagen werden regelmäßig vom Standpuncte der Classe, des Berufs oder der Person behandelt, und daß dies geschieht, fördert nicht das Gesammtwohl. Die Zucker- und Branntweinsteuer, welche in der letzten Reichstagssession bewilligt wurden, wären nicht zu Stande gekommen, wenn diese Interessen den Ausschlag gegeben hätten. Glücklicherweise hat die politische Reife des deutschen Volkes zugenommen, und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieser Steuern hat über alle Einzelbedenken den Sieg davon getragen. Hätte die Meinung der Opposition obgesiegt, dann würden wir heute statt des Ueberschusses ein Deficit haben und Vorlagen wie die Alters- und Invaliditäts-Versicherung der Arbeiter würden gar nicht möglich gewesen sein.

Die Politik des Fürsten Bismarck ist seit langer Zeit darauf gerichtet gewesen, alle Gesetzentwürfe, welche dem Reichstag vorgelegt werden, vom Standpunct der Gesammtwohlfahrt aus ins Leben zu rufen. Daß dadurch Dieser und Jener in seinen persönlichen Interessen Schaden leidet, ist unvermeidlich, dieser Schaden wird aber auf anderem Wege wieder eingebracht. Die Gesammtlage ist heute nach zwei Hauptrichtungen zu beurtheilen, nach der Wahrscheinlichkeit und möglichsten Sicherheit, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten, und nach der zweckmäßigsten Form, die berechtigten Forderungen der Socialdemokratie zu befriedigen. Diese beiden Hauptrichtungen müssen alle Partei- und persönlichen Interessen untergeordnet werden. Daß dabei verschiedene Auffassungen möglich und berechtigt sind, daß es noch nicht ausgemacht ist, ob das directe oder indirecte Steuersystem das bessere, die Freihandels- oder Schutzzollpolitik die vorzüglichere ist, wird ohne Weiteres zugestanden. Aber das muß auch dem verbissensten Parteipolitiker einleuchten, daß wir zu keinem praktischen Ergebniß kommen, wenn wir fort und fort blos uns über die Grundlagen herumstreiten, auf welchen die Staatsverwaltung aufgebaut werden soll. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen." Und die Früchte, welche die deutsche Politik nach Außen und im Innern hervorgebracht hat, sind gewiß der Art, daß wir uns ihrer nicht zu schämen brauchen. Deutschland wird in der ganzen civilisirten Welt als die erste Großmacht angesehen, unsere Wehrkraft und unser Credit genießen die höchste Achtung in der Welt, damit können wir uns zufriedengestellt erklären. Und wenn es dereinst die friedliche Gestaltung Europas zuläßt, dann werden wir wohl auch wieder einmal in die Lage kommen, über die zweckmäßigsten Grundsätze der Steuer- und Wirthschaftspolitik zu berathen. Heute haben wir dazu keine Zeit.

* * *

* Die „Nationalliberale Correspondenz" faßt den Gesammteindruck der Thronrede in folgender Weise zusammen:

Die neue Reichstagssession ist heute mit einer Thronrede eröffnet worden, die zum Anfang und zum Schluß den ganzen Ernst der Situation andeutete, in welcher die parlamentarischen Arbeiten unter aufgenommen werden. Der Eingang bringt einen ernsten Hinweis auf das Unglück, das die ganze Nation bewegt, das schwere Leiden des Kronprinzen. Der Schluß berührt die auswärtige Lage und auch hier klingt ein sehr ernster Grundton hindurch. Dem Hinweis auf die stets dem Frieden dienende, von aggressiven Gelüsten durchaus entfernte Politik des deutschen Reichs wird, eine Bezugnahme auf bestimmte Mächte, die Berufung auf Bündnisse hinzugefügt, welche den Zweck haben, den Kriegsfahren vorzubeugen und ungerechten Angriffen gemeinsam entgegenzutreten. „In der Abwehr von Angriffen und in der Vertheidigung unserer Unabhängigkeit sind wir stark und wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können." Der Reichstag nahm diese Versicherung mit lauter Zustimmung auf. Man wird den Ernst dieser Worte an allen Orten verstehen, wohin sie gerichtet sind. Unseres Verhältnisses zu Rußland wurde mit keiner Andeutung gedacht. Ob auch diese Macht, trotz des neulichen Besuchs des Zaren, unter diejenigen zu rechnen ist, von denen man sich ungerechter und unchristlicher Ueberfälle zu versehen haben könne, bleibt der Auffassung der Hörer überlassen.

Mit dieser andauernd bedrohlichen Weltlage hängt die Ankündigung eines Gesetzentwurfs zusammen, welcher die Landwehr und den Landsturm betrifft und bestimmt ist, eine wesentliche Erhöhung der Wehrkraft des Reichs herbeizuführen. Ueber den näheren Inhalt dieses Gesetzentwurfs ist noch nichts bekannt. Besonderen Nachdruck legt sodann die Thronrede mit Recht auf die Fortführung der Socialreform. Es wird auf die Alters- und Invalidenversicherung, sowie auf die Ausdehnung der Unfallversicherung über weitere Arbeiterclassen hingewiesen; indessen scheint die Thronrede es nicht als ganz sicher anzunehmen, daß diese Gesetzentwürfe noch in der gegenwärtigen Session vorgelegt werden. Natürlich verweilt die Thronrede sodann bei der wirthschaftlichen Lage; aber es sind keineswegs blos Lichtblicke, die sie eröffnete. Eine erfreuliche Besserung der Finanzlage in Folge der Steuergesetze aus der vorigen Session kann allerdings constatirt werden. Obwohl die Wirkungen dieser Gesetze sich noch nicht im vollen Umfang äußern, so kann doch schon jetzt ein Ueberschuß aus dem Reichshaushalt erwartet werden, welcher, selbst nach Gegenrechnung der Matrikularbeiträge, sich annähernd auf 50 Millionen Mark beziffert. Seit langer Zeit hören wir denn auch wieder einmal eine Thronrede ohne neue Steuervorschläge. Allein die zahlreichen Bedürfnisse, deren Befriedigung von diesen Ueberschüssen erwartet wird, die in Zukunft wachsenden Ausgaben des Reichs (man denke nur an die Alters- und Invalidenversicherung) verlangen doch nur eine bedingte Befriedigung über die Finanzlage einzustehen.

Mit Genugthuung wird man vernehmen, daß der Stand der Reichsfinanzen wenigstens den oft gemachten Wegfall der Witwen- und Waisengebührnisse der Officiere und Beamten gestattet. Unerfreulicher ist der Blick, den die Thronrede auf den Stand des nationalen Erwerbslebens wirft. Insbesondere die Landwirthschaft befindet sich nach dieser Auffassung in einer bedrohlichen Nothlage; der Preis der landwirthschaftlichen Erzeugnisse ist infolge der ausländischen Einfuhr so tief gesunken, daß jede Ertragsfähigkeit der Arbeit des deutschen Landmannes gefährdet erscheint. Dagegen soll nur eine weitere Erhöhung der Getreidezölle Rettung bringen können. Damit wird der praktische Gegenstand der ganzen Session berührt. Immerhin die Mehrheit des Reichstags sich dieser trüben Auffassung der Thronrede anschließt, werden die nächsten Wochen lehren. Wenn die Thronrede auf die großen Schwierigkeiten hinweist, welche einer befriedigenden Umgestaltung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Oesterreich-Ungarn im Wege stehen und als das Aeußerste, was gegenwärtig zu erlangen ist, eine vorläufige Verlängerung des bestehenden Vertrages hinstellt, so ist es allbekannt, daß das Hinderniß zu einer besseren Vereinbarung zu gelangen, vorzugsweise eben in der Erhöhung der deutschen landwirthschaftlichen Zölle liegt.

Im Uebrigen kündigt die Thronrede nur noch zwei Gegenstände an, eine Reform des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und einen Gesetzentwurf über den Verkehr mit Wein. Es sei erwähnt, daß die Erweiterung des Socialistengesetzes mit Stillschweigen übergangen wird. Daß die Regierung beabsichtigt, das Gesetz verfallen zu lassen, wird man daraus schwerlich schließen dürfen. Eher wird man annehmen dürfen, daß Veränderungen vorgenommen werden sollen, über welche die Erwägungen noch nicht abgeschlossen sind. Auch verschiedene andere Gesetzentwürfe, die allgemeiner Annahme zufolge für den Reichstag vorbereitet werden, wie die Regelung des Colonialrechts, elsaß-lothringische Vorlagen, die Beschränkung der Oeffentlichkeit gewisser Gerichtsverhandlungen, werden in der Thronrede auffallender Weise nicht erwähnt.

Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" begleiten die Thronrede mit folgendem Commentar:

Die Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Kronprinzen gewidmeten Eingangsworte der Thronrede, welche die volle Schwere der über das Kaiserhaus und Deutschland verhängten Prüfung, den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nachdrücklich hervorhob, zugleich aber in dem festen Gottvertrauen und der treuen Pflichterfüllung die beiden Leitsterne bezeichnete, welche das deutsche Volk auch über die Prüfung hinwegzuleiten vermögen, werden in den Herzen der Nation leibhaftes und allgemeinen Widerhall finden. Nicht minder aber die Schlußworte über die auswärtigen Beziehungen Deutschlands. Dieselben sind weit davon entfernt, die Lage Europas für wolkenfrei zu erklären. Der Schlußsatz läßt vielmehr deutlich erkennen, daß jetzt so wenig als früher die Gefahr eines Angriffs von Außen ausgeschlossen ist. Was aber vor Allem Beachtung in dem Schlußsatz der Thronrede verdient, das ist die entschiedene Betonung des andauernd friedlichen Charakters der deutschen Politik; sie weist den Gedanken eines Angriffskriegs unter allen Umständen und auch dann zurück, wenn die militairischen Chancen desselben durchaus günstig wären. In Verbindung mit der erprobten Unigennützigkeit der deutschen auswärtigen Politik wird die Hervorhebung dieses Umstandes wie des ausschließlich defensiven Charakters der geschlossenen Bündnisse dann beitragen, das Vertrauen zu Deutschland im Auslande zu stärken und den Bestrebungen, Mißtrauen und Feindschaft gegen dasselbe zu säen, wirksam entgegenzutreten. Man wird erwarten dürfen, daß die Auffassung der österreichischen Presse, in welcher Fürst Bismarck als der „Friedensangler" bezeichnet wird, demnächst die allgemein herrschende werden wird. Wenigstens bei denjenigen Völkern, denen blinde Leidenschaft die Fähigkeit sachlichen Urtheils nicht genommen hat. Auch die Thronrede läßt erkennen, daß Deutschland ehrlich den Frieden will, aber keineswegs Frieden um jeden Preis. In dem den gesetzgeberischen Aufgaben gewidmeten Theile nehmen neben der Besserung der Finanzen um volle 50 Millionen und der dadurch ermöglichten Aufhebung der Beiträge für die im Reichsdienste stehenden Personen, die Invaliden- und Altersversorgung und die Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle das meiste Interesse in Anspruch. Beide gesetzgeberischen Vorschläge beruhen auf demselben Princip: sie stehen auf dem Boden der Auffassung, welche den Schutz der Schwachen für eine der vornehmsten Aufgaben des Staates erklärt. Besondere Hervorhebung verdient dabei die Stetigkeit und Consequenz, mit welcher mit der Durchführung des Programms der kaiserl. Botschaft vom 17. November 1881 vorgegangen wird. Noch ist der Rahmen der Unfallversicherung nicht völlig ausgefüllt und schon wird die weitere so ungemein umfassende Aufgabe der Alters- und Invalidenversicherung ernstlich in Angriff genommen. Freilich werden zunächst die Grundzüge für die betreffenden Gesetzesvorschläge zweckmäßig der Begutachtung der Sachverständigen unterbreitet, allein es ist doch mit Sicherheit deren Vorlage noch in dieser Session zu erwarten.

Die freiconservative „Post" bemerkt über die auswärtige Politik, soweit sie in der Thronrede angedeutet wird:

Die Rede, mit der heute Mittag der Reichstag im Namen des Kaisers eröffnet wurde, bewahrt in den Aeußerungen über die auswärtige Politik einen Ton kalter Entschlossenheit, wie man ihn vielfach nicht erwartet haben wird. Wir nehmen an, daß dieser Ton der politischen Situation entspreche, welche sich seit Monaten gebildet hat und deren immanenter Zug durch kein Ereigniß der jüngsten Zeit hat aufgehalten werden können. Die Eröffnungsrede läßt den Ausdruck der Friedensbesorgniß nicht vermissen, aber sie begründet die Zuversicht der Armee auf die festgeschlossenen Bündnisse. Das ist bedeutungsvoll, jedoch nicht neu. Neu dagegen ist, daß wir, um jener Zuversicht sicher zu bleiben, wiederum unsere Rüstung, die wir gegen die Störung des Friedens tragen, verstärken müssen. Dies deutet doch unverkennbar auf eine Kriegsgefahr, deren fortwährendem Wachsthum das Wachsthum unserer militairischen Rüstung, mit anderen Worten unserer Kriegsbereitschaft entsprechen muß. Uns dünkt, man brauche in der That nicht lange um sich zu blicken, um die wachsende Kriegsgefahr zu erkennen. Friedensfreunde sind es sicher nicht, die in Paris mit einem Eifer am Sturz des jetzigen Präsidenten der Republik arbeiten, der alle Rücksichten des politischen Anstandes sowohl, wie die Rücksichten auf eine Befestigung und Sicherheit der inneren Zustände vermissen läßt, deren Frankreich so dringend bedarf.

Sehr zur rechten Zeit sind wir kürzlich erinnert worden, daß Gegensätze der Wirthschaftspolitik keinen Einfluß üben sollen auf die auswärtige Politik der betreffenden Staaten. Denn am 19. November hat der Kaiser von Rußland, der am 18. November in Berlin weilte, wohin er als Freund gekommen war und wo er als Freund aufgenommen wurde, den Erlaß über eine Reihe von Zollerhöhungen vollzogen, durch welche die deutsche Industrie wieder auf das Empfindlichste geschädigt wird. Legen wir auf diesen Act, der uns empfohlenen Regel, kein Gewicht, so können wir doch die Truppenansammlungen an der südlichen Grenze Rußlands keineswegs außer Acht lassen. Ueber die Thatsache dieser Truppenansammlungen besteht nicht der geringste Zweifel, außer bei solchen, für welche der Zweifel in diesem Fall Gebot ist. Es kann auch über die Deutung dieser Thatsache irgend eine Ungewißheit bestehen. Die Sonne eines russisch-österreichischen Krieges steht am Morgenhimmel. Wir werden vielleicht Gelegenheit haben, ihr Aufsteigen zur Mittagshöhe zu verfolgen.

Leipzig, 26. November 1887.

* Die Behörden sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß niederländische und belgische Werbevermittler Ausweispapiere Deutscher, in deren Besitz sie durch unmittelbaren Schriftwechsel mit deutschen Behörden gelangt waren, in betrügerischer Weise dazu mißbraucht haben, um anderen jungen Leuten, die ohne genügenden Ausweis sind, unter falschem Namen den Eintritt ins niederländische Colonialheer zu verschaffen. Um diesem Treiben entgegenzuwirken, sollen Gesuche um Ausstellung von Ausweis-, Auswanderungs- und Militairpapieren, welche im Wege des Schriftwechsels von den Niederlanden oder Belgien aus an hiesige Behörden gerichtet werden, falls denselben Folge gegeben wird, nie unmittelbar, sondern stets durch Vermittlung der zuständigen deutschen Reichsconsulardämter beantwortet werden, wodurch letztere in die Lage kommen, vor der Verabfolgung der Urkunden den Selbigkeitsnachweis der betheiligten Persönlichkeit in jedem einzelnen Falle zu prüfen. Hinsichtlich der Ausweispapiere der in das niederländische Colonialheer eintretenden Deutschen sind drei Gattungen von Bewerbern zu unterscheiden: solche, die in Deutschland vom Militairdienst befreit sind, also nicht gedient haben; solche, welche sich innerhalb dreier Monate nach in Deutschland abgeleisteter Militairdienstzeit zum Eintritt in das nachgenannte Colonialheer melden, und endlich solche, zwischen deren Abgang vom Militair in Deutschland und der Meldung zum Eintritt in das Colonialheer ein längerer Zeitraum liegt. Alle drei Gattungen haben Geburts- und Entlassungsurkunden aus dem bisherigen Staatsverbande, Minderjährige eine obrigkeitlich beglaubigte Einwilligung des Vaters oder Vormundes, die ausgedienten Soldaten den Ersatzreserveschein u. s. w. beizubringen. Den zur Absendung an die Consulatsbehörden gelangenden Papieren soll zur Vermeidung von Täuschungen thunlichst eine Personalbeschreibung beigefügt werden, jedes Ausweispapier aber nur durch Vermittelung der höheren Stelle weiter gehen.

* Die evangelisch-lutherische Geistlichkeit Livlands hat in Petersburg darum nachgesucht, daß die Artikel der livländischen Bauernverordnung, durch welche ihre Mitwirkung an der Leitung der Volksschulen vorgeschrieben wird, aufgehoben werden mögen. Nur nach schwerem Kampfe hat sich die Geistlichkeit zu diesem ernsten Schritte der Entsagung entschließen können, aber es gab keinen anderen Weg als diesen durch Pflicht und Gewissen vorgeschriebenen. Die evangelischen Geistlichen können nicht ferner an einem Werke mitarbeiten, das, nachdem es unter ihrer liebevollen Pflege ohne jegliche Betheiligung staatlicher Mittel zum Stolz des Landes geworden, nunmehr dazu berufen ist, das lettische und estnische Volk seinem evangelischen Glauben und seiner evangelischen Gesittung zu entfremden, sie können ihre Hand nicht dazu bieten, daß mit ihrem Namen, der sich beim Volke noch des größten Vertrauens erfreut, Versuche gedeckt werden, die nur zur Entsittlichung führen können. Wenn die Anitschkow, Kapustin und Speitkow die Schule als Mittel zur Verbreitung fremden Glaubens und fremder Cultur benutzen wollen, so mögen sie dies unter ihrem eigenen Namen und mit ihren eigenen Kräften thun, nicht aber, wie sie so fein ersonnen, den lutherischen Geistlichen zumuthen, daß diese mithelfen sollen, das Volk darüber hinwegzutäuschen, als ob es sich nicht um Sein oder Nichtsein seiner theuersten Güter handle. — Es sind jetzt etwa 60 Prediger in Anklagezustand versetzt. Neuerdings ist auch gegen die Pastoren Pohrt und Harff eine Untersuchung durch die Gendarmerie (geheime Polizei) eingeleitet worden, weil sie angeblich die Bildungsfeindlichkeit der russischen Regierung von der Kanzel aus gerügt haben sollen. Gemäß einer Anzeige des griechischen Priesters in Kokenhusen erschienen in dieser Gemeinde mehrere Gendarmen unter Führung des Rittmeisters Poraschin, welche fünf Tage lang eine große Anzahl von Bauern verhörten. Noch ist die Untersuchung nicht abgeschlossen.

* Zur politischen Lage in Italien wird der „Kölnischen Zeitung" aus Rom, 20. November, geschrieben:

Der Geburtstag der Königin, der sich fast durch eine Reihe von Concerten auf öffentlichen Plätzen in den Abendstunden zum fröhlichen Volksfeste gestaltet, ist heute in kläglicher Weise verregnet. Es war einer der schmutzigsten, dunkelsten Tage dieses wasserreichen Spätherbstes, und auch den alten Garibaldianern, welche im benachbarten Mentana die Jahreswende ihrer Thaten, die nun zwei Jahrzehnte hinter uns liegen, besonders festlich zu begehen ge-

SLUB
Wir führen Wissen.